





**Dr. Ernst Dieter Rossmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

# ***Pressemitteilung***

17. Oktober 03

## **Rossmann begrüßt Vorschlag des Hamburger Bürgermeisters**

(Berlin) „Das ist ein guter Vorschlag des Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust und seinem Bremer Kollegen Henning Scherf.“ So reagiert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann auf die Anregung der beiden Bürgermeister, angesichts der Konflikte zwischen Bundesregierung und CDU-Mehrheit im Bundesrat beim Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004, sich in einem ersten Schritt auf die Anhebung des Grundfreibetrages und die Absenkung der Eingangssteuersätze zu konzentrieren. Rossmann: „Tatsächlich brauchen wir an erster Stelle eine finanzielle Entlastung bei den nicht so gut Verdienenden, um die Kaufkraft zu stärken. Der von-Beust-Vorschlag zielt in die richtige Richtung.“

Nachdem bisher durch die Steuerreform seit 1998 der Grundfreibetrag von 6.322 Euro auf 7.235 Euro erhöht worden ist, soll er jetzt auf 7.664 Euro anwachsen. Zudem soll der Eingangssteuersatz von 25,9 Prozent in 1998 über 19,9 im Jahr 2002 auf 15 Prozent abge

senkt werden. Rossmann: „Dies sind eindrucksvolle Zahlen, wie wir die Steuerbelastung für die kleineren und mittleren Einkommen deutlich senken. Diese Entlastung muss für alle Priorität haben.“

Der Abgeordnete würde es sehr bedauern, wenn durch die Blockade der CDU im Bundesrat diese Steuersenkung für die kleinen und mittleren Einkommen scheitert. Rossmann: „Dies kann ich mir im Ernst allerdings nicht vorstellen, nachdem die CDU immer in der Vergangenheit für eine Senkung der Steuern eingetreten ist. Sie wird damit hoffentlich nicht nur die Senkung der Spitzensteuersätze gemeint haben.“ Mit dem Vorschlag des Hamburger Bürgermeisters, den dieser zusammen mit dem Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD) ins Gespräch gebracht hat, sieht der Abgeordnete einen guten Kompromiss für eine Steuerreform, die von allen getragen werden können sollte.